

Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen

SPD und Grüne: Klimanotstand ausrufen

Von Tim Schulze

REKEN. Die Ratsfraktionen der SPD und Grünen beantragen, für die Gemeinde Reken den Klimanotstand auszurufen. Sie fordern in dem dreiseitigen Dokument unter anderem, dass bei allen Beschlüssen des Gemeinderates und der Ausschüsse die Auswirkungen auf das Klima benannt und berücksichtigt werden müssten. Die Fraktionen wollen, dass der Antrag in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beraten wird. Das Gremium tagt am Mittwoch, 19. Juni, ab 17 Uhr im Rathaus.

Die Debatte um einen kommunalen Klimanotstand wird derzeit in zahlreichen deutschen Städten und Gemeinden geführt. Als erste deutsche Stadt hatte Konstanz am 2. Mai den Klimanotstand ausgerufen.

„Die Folgen des menschengemachten Klimawandels sind weltweit und damit auch in unserer Kommune spürbar“, heißt es in dem gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen. Die bisherigen Maßnahmen zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen hätten nicht den notwendigen Erfolg gezeigt. Mit der Erklärung des Klimanotstands würde die Gemeinde ein deutliches Zeichen setzen, dass die bisherige Klimapolitik weiterentwickelt werden müsse, heißt es weiter.

Der Klimawandel habe unmittelbare Auswirkungen auf die sozialen und wirtschaftlichen Fragen, schreiben SPD und Grüne. Klimaschutz-Maßnahmen dürften nicht diejenigen treffen, die finanziell schlechter gestellt sind. Die Energie- und Verkehrswende gelinge nur, wenn sie sozial ausgewogen gestaltet werde. Man müsse „die wirtschaftliche Innovationskraft der Klimapolitik“ nutzen, um mit den Rekener Unternehmen neue Wachstumsmärkte zu erschließen. Ziel müsse sein, Klimaschutz und heimische Wirtschaft miteinander zu vereinbaren.

SPD und Grüne beantragen, dass die Gemeinde Reken die Bundes- und Landesregierung auffordert, ihr Engagement im Klimaschutz zu verstärken. Bund und Land sollten rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, die den Kommunen die Möglichkeit geben, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel einzudämmen.

Zudem wollen die Fraktionen die Verwaltung beauftragen, einen Bericht vorzulegen, in dem diese darlegt, „welche Maßnahmen der Gemeinde Reken – über die bisherigen Klimaschutzbemühungen hinaus – zur Verringerung der Treibhausgasemissionen unmittelbar beitragen können“. Darüber hinaus fordern SPD und Grüne von der Verwaltung „ein Konzept zur Verringerung der umweltbelastenden Faktoren über alle die Gemeinde betreffenden Aufgabenfelder“. Ferner soll die Verwaltung laut dem Antrag mindestens alle zwölf Monate über die Auswirkungen und Folgen der CO₂-Emissionen sowie die Maßnahmen zur Verringerung aller Treibhausgasemissionen berichten.

Den Antrag der beiden Ratsfraktionen gibt es im Wortlaut unter www.borkenerzeitung.de

| Ihr Kontakt zum Autor:

t.schulze@borkenerzeitung.de

Tel.: 02861/944-173

„Die Klimakrise betrifft nicht nur Umweltpolitik, sondern auch Verkehrs-, Gesundheits- und Sozialpolitik.“

Zitat aus dem gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen